

## GROSSER RAT

GR.24.195

### VORSTOSS

#### **Motion der GLP-Fraktion (Sprecherin Annetta Schuppisser, Bremgarten) vom 25. Juni 2024 betreffend Sofortmassnahmen und Ressourcen zur Abfederung der Problematik der fehlenden Sonderschulplätze**

---

##### **Text:**

Der Regierungsrat wird gebeten, Sofortmassnahmen und Ressourcen zur Schaffung von Sonderschulplätzen zwecks Entlastung der Volksschulen mindestens für die nächsten zwei Schuljahre (2024/25 und 2025/26), unter Zusammenwirken der Abteilungen im BKS, DGS, privater Anbieter (Stiftungen etc.) und Gemeinden, umzusetzen. Spätestens Anfang 2026 ist ein Massnahmenpaket für längerfristig tragfähige Lösungen dem Grossen Rat zur Kenntnis oder zum Beschluss vorzulegen.

##### **Begründung:**

Auf das nächste Schuljahr fehlen rund 250 Sonderschulplätze für Schülerinnen und Schüler. Dies betrifft Schülerinnen und Schüler, bei welchen der Schulpsychologische Dienst Sonderschulbedarf ausgewiesen hat.<sup>1</sup>

Die Schule klärt mit den Eltern unter Berücksichtigung der Fördermöglichkeiten des Kindes, dem Kindeswohl und der Tragfähigkeit der Regelklasse, welche Beschulung sinnvoll ist. Sind Eltern mit einer Beschulung in der Sonderschule einverstanden, so erfolgt durch die Eltern, zusammen mit der Schulleitung der Regelschule, die Anmeldung an die passende Sonderschule.

Wenn diesen Kindern wegen Platzmangel kein Platz an einer Sonderschule angeboten werden kann, so führt dies für die betroffenen Familien und die aufnehmende Schule zu schwierigen Situationen.

Integration ist nur möglich, solange die Tragfähigkeit an den Schulen gewährleistet ist. Wenn diese nicht mehr gewährleistet ist, müssen schnelle Überweisungen in die Sonderschulen erfolgen können.

Der Mangel an nachweislich benötigten Sonderschulplätzen wird auch durch den Fachkräftemangel verursacht. Die Behebung dessen ist von strategischer Wichtigkeit.

In Anbetracht der Tatsache, dass für derart viele Kinder mit ausgewiesenem Bedarf keine Plätze gefunden werden können, wird der Regierungsrat aufgefordert, ein Paket an pragmatischen Sofortmassnahmen zu beschliessen. Dieses könnte folgende Massnahmen umfassen (Vorschläge) und darf auch weitere/alternative Ansätze umfassen:

- Analog zur Volksschule ist eine Strategie zur Behebung des Fachkräftemangels an den Sonderschulen rasch zu entwickeln, denn ohne diese können die Plätze nicht genügend ausgebaut werden.
- Bei den bestehenden Sonderschulen sollen Überauslastungen unkompliziert gelöst werden können, sie sollen Anreize haben, mehr Plätze zu schaffen, um dem Bedarf gerecht zu werden.

---

<sup>1</sup> AVUSA, Informationen aus der Austauschsitzung SHW / AVUSA vom 6. Mai 2024, Versand vom 30. Mai 2024

- An den bestehenden Sonderschulen sollen die bewilligten Plätze durch Anpassung der bestehenden Verträge erhöht werden, sofern diese über die räumlichen und personellen Kapazitäten verfügen.
- Analog zu der unkomplizierten und raschen Schaffung der Sonderschule für Kinder aus der Ukraine in Niederlenz sollen neue Angebote auf die Beine gestellt werden, so kann beispielsweise Schulraum genutzt werden, welcher nicht mehr genutzt wird. Diese neuen – allenfalls auch nur temporären – Schulen könnten durch verschiedene Anbietende betrieben werden.
- Für Regelschulen, welche Kinder beschulen, für welche keine Plätze gefunden werden, sind die Hürden für die Sprechung von Härtefallressourcen zu senken.
- Für Fälle, wo es nicht möglich ist, Kinder mit sozialer Beeinträchtigung in Sonderschulen zu überweisen, sollen regionale Spezialklassen verfügbar sein, so wie sie bereits in manchen Regionen vorhanden sind.
- Die Belastungssituation für viele Lehrpersonen ist gross und hat sich in den letzten Jahren weiter erhöht. Sowohl für Sonderschulen wie auch Volksschulen sind die für ihre Aufgaben erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Es ist zu vermeiden, dass Fehlallokationen von Ressourcen zu Fehlanreizen in der Zuweisung von Kindern an bestimmte Schulen führen.

Damit auch längerfristig tragfähige Lösungen gefunden werden können, ist es angezeigt, nachhaltige Resultate anzustreben. Diese Massnahmen sollen auf dem bestehenden System der Kombination von integrativen Schulen und Sonderschulen aufbauen. Die laufenden Projekte gemäss Entwicklungsschwerpunkt 315E006<sup>2</sup>, sind nicht ausreichend. Weitere Massnahmen sind nötig.

---

<sup>2</sup> Gemäss AFP